

prinzipiellen Zentriren um Kautzke, richte sich im November 1918 erst Ende Dezember wurde die Kommunistische Partei gegründet, in der auch bei ihrer Gründung noch keine Klarheit über die Rolle der revolutionären Partei vorhanden war. So fanden die Mitglieder der deutschen Revolution in der Spitze der Sozialdemokratie auch zu den politischen Auftraggebern der wehrerbitterlichen Mörder Karl und Rosa werden. So konnte das deutsche Proletariat geschlagen werden. So konnte die Konterrevolution mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Hauptkräfte vorwärts marschieren und alle jene „Erzengelheiten“ bezeugen, die sie im November 1918 in Meißner Jurat vor der trotzkistischen Revolution zugefunden hätte.

200.000 neue Mitglieder sind seitdem als Kämpfer für das sozialistische Deutschland in die Sturmreihen unserer kommunistischen Partei eingetreten. 200.000 Männer und Frauen aus der Arbeiterklasse und den Schichten der Werktätigen, die mit Hirt und Herz, mit der täglichen Aktivität und Tat in hader Arbeit und mit begeherrter Kühnheit in der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse für die große Sache der Befreiung der ganzen Klasse aus dem kapitalistischen Joch kämpften! Die deutsche Arbeiterklasse hat jetzt ihre kommunistische Massenpartei, die im jeden täglichen Kampfe um die Eroberung der Mehrheit der proletarischen Klasse kämpft. Die kommunistische Partei Deutschlands, bemächtigt mit der unüberwindlichen Überlegenheit des Marxismus-Leninismus, gestützt auf das begeisterte Beispiel des begeisterten sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion unter der Führung der bolschewistischen Partei, sammelt die Massen des deutschen Proletariats zum Kampf für den revolutionären sozialistischen Ausweg aus dem Elend der kapitalistischen Krise und Katastrophenspolitik. Die kommunistische Partei formiert die rote Einheitsfront gegen die kapitalistische Diktatur. Sie schmiedet das Kampfbündnis der Arbeiterklasse als führende Kraft des Befreiungskampfes aller Werktätigen mit den ausgebeuteten Bauern und zugrunde gehenden Mittelständlern.

Heute kommt wieder eine „linke“ Filiale des Sozialfaschismus und will den deutschen Arbeitern ihre in 13 Jahren revolutionärer Erfahrung gewonnene Erkenntnis über die führende Rolle der kommunistischen Partei rauben. Jener Rosenfeld, der zu den von Koll und Koll in schärfster Weise verurteilten tschechischen UZP-Führern gehörte, jener Scodewitz, der im Jahre 1919 als sozialdemokratischer Rebellent der roten Kollas ein wertvolles Lob gab, predigt heute wieder „Einheitsfront“ mit der sozialdemokratischen Führerschaft. Sie predigen den „Woffenshühner“ mit den unerschütterlichen Säulen der Erziehung

100 000

Leser für das illustrierte Volksecho

ist das Ziel, das wir uns gesteckt haben

Organisiert die Massenwerbung in allen Stadtteilen und Ortsgruppen!

Diktatur, die gegenwärtig wieder für den Volksgemeinschafts-faschistischen Hindenburg die Betätigungspunkte der heiligen Einigkeit aller Klassen“ (Woffenshühner) verbreiten.

Karl Liebknecht hat in seinen bekanntem Artikel gegen solche konterrevolutionären Einheitsfronten, die die kommunistische Partei als „Störenfried der Einheit“ hinführen wollten, die maßgebende Antwort erteilt:

„Einigkeit! Wer könnte sie mehr erziehen und erziehen als wir. Einigkeit, die das Proletariat hart macht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission. Aber Einigkeit mit Herz und Tat bedeutet Niederlage. . . Können wir mit denen einig sein, die nichts anderes sind, als sozialistisch verkleidete Blauhölzer der kapitalistischen Ausbeuter? Können, dürfen wir uns mit ihnen verbinden, ohne uns mitschuldig zu machen an ihren Verbrechen? Einigkeit mit ihnen wäre Verderben für das Proletariat, wäre Preisgabe des Sozialismus, der Internationalen, Jänen gebührt kein brüderlicher Handschlag, ihnen gebührt nicht Einigkeit, sondern Kampf!“

Die Geschichte unserer Partei ist mit der unerschütterlichen Kampflinie gegen die vom Opportunismus zum Sozialfaschismus entwickelte SPD, gegen alle Opportunisten und alle Feinde der heiligen bolschewistischen Oktoberrevolution untrennbar verbunden. Diese unbedingte Verteidigung der revolutionären Theorie gegen das opportunistische Gift und jede Duldung seines Eindringens in unsere Reihen, der Hauptteil unseres Kampfes zur Vernichtung des Klassenkampfes der Sozialdemokratie, ist die Voraussetzung des Sieges über die kapitalistische Diktatur, über den Faschismus, im Kampfe Klasse gegen Klasse.

Im Zeichen dieser Politik führen wir unseren täglichen Kampf und kämpfen von unten her die brüderliche Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern und allen Ausgebeuteten. Im Gebotenen an Karl und Rosa führen wir den Sturmmonat Januar für das Aufheben der Hunderttausend als Anfang der Konzentration unserer Hauptkräfte auf die Großbetriebe durch Tausende neuer Parteimitglieder! Tausende neuer Leser für die Presse der Partei Karl und Rosa — ist unsere Lösung am 13. Januar!

Karl und Rosa hatten kurz vor ihrem Tode im Feuer des Kampfes immer klar den Weg zum Bolschewismus beschritten. Heute triumphiert auf einem Scheitel der Erde im vierten und letzten Jahre des brüderlichen Anführerplanes, 100 Millionen Menschen bauen, kämpfen, erheben sich zur Höhe des Sozialismus an ihrer Aufbaufont. Sie bauen das Bollwerk des Weltsozialismus und führen der Arbeiterklasse und allen Werktätigen, daß sie nur unter kommunistischer Führung liegen können.

Dafür kämpfen und haben Karl und Rosa. Dafür erheben wir an ihrem Todestag unsere roten Sturmfähnen!

Ueberfüllte Kundgebungen des Kampfbundes

Gestern fanden im Keglerheim, Friedrichstraße, und Walfes Etablissement zwei vom Kampfbund gegen den Faschismus einberufene Versammlungen, in denen der von der NSDAP übergetretene Diplomat Kaufmann Müller sprach. Der Redner gab ein anschauliches Bild von der bei den Nazis herrschenden Korruption. Besonders heftig fand die Kennzeichnung des Kampfbundes, dessen Widersprüche von ihm rücksichtslos aufgedeckt wurden. Der Reichstagsabgeordnete Knöchel zeigte die politische Entwicklung in Deutschland und die jämmerliche Rolle der SPD auf. Der Appell der Redner zur Stärkung der antifaschistischen Kampffront, fand in beiden Versammlungen begeisterten Widerhall. Die Redner waren trotz Einladung und Zusicherung voller Redefreiheit gequält. Dafür waren zahlreiche Nazianhänger erschienen.

In beiden Versammlungen konnten viele Neuaufnahmen gemacht werden. Wenn bei Walfes traten 13 Arbeiter dem Kampfbund bei. Auch diese Versammlungen zeigen, daß die rote Front in Dresden marschiert.

Lohnabbau-Diktat gegen Metallarbeiter

Betriebsräte und Vertrauensleute beteiligt auch an den Betriebsräte-Konferenzen am Sonntag / Errichtet die rote Einheitsfront in allen Betrieben!

In den letzten Tagen ist die Entscheidung des Schlichters über die jährlichen Metallarbeiterlöhne gefallen. Nach diesem Entschluß wird der Mindestlohn auf 69 Pfennig, den Stand vom Januar 1927, herabgesetzt. Die Löhne der übrigen Gruppen und Altersklassen werden dementsprechend abgebaut. Außer dem Diktat auf Herabsetzung der Löhne auf den Stand von 1927 kommt die bisher gewährte Ausgleichtzusage in der Höhe von 5 Pfennig in Wegfall.

Dieses Lohnabbau-Diktat ist ebenfalls eine Folge der Unterdrückung der Bourgeoisie durch die SPD und die Gewerkschaftsbürokratie. Sie sind an dem Schlichteramt und den diktatorischen Vollmachten der Schlichter ebenso mitschuldig wie an der Kaiserordnungsministerialpolitik und besonders an der letzten Lohnabbau-Konferenz. Erst durch die Politik der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie wurde es der Bourgeoisie möglich gemacht, diese ungeheuren Lohnkürzungen in allen Industriezweigen durchzuführen. Und dort, wo die Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage in den Streik traten, dort beteiligte sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie gemeinsam mit den Nazis als Streikbrecher und Organisator von Streikbrüderkollonnen.

Die Arbeiter müssen die Rolle der SPD und Gewerkschaftsbürokratie reiflich erkennen, um ihren Existenzkampf richtig zu organisieren und zu führen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist die Berücksichtigung des reformistischen Einflusses in den

Betrieben und die Schaffung der roten Einheit aller Betriebsräte unter Führung der KPD. Mit den Kommunisten und KPD-Mitgliedern müssen alle christlichen und Klassenbewußten Arbeiter an der roten Einheitsfront zum Kampf um Lohn und Brot mitwirken.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute haben gerade jetzt nach diesem Schlichteramt die Aufgabe, an den von der KPD für Sonntag, den 17. Januar, vormittags 9 Uhr, festgelegten Betriebsrätekonferenzen teilzunehmen. Alle Betriebsräte und Vertrauensleute — sozialdemokratische, parteilose und christliche — müssen gemeinsam mit den roten Betriebsräten ihre Aufgaben als Organisatoren und Führer der roten Einheitsfront im Streik an diesen Konferenzen beraten und festlegen. Die Konferenzen finden statt: Dresden, „Bayerische Krone“, Freiberg

Lohnabbau für ostfälische Textiler

Dresden, 15. Januar

Die von den Gewerkschaften mit den Unternehmern am 3. Januar abgeschlossene Vereinbarung, nach der die Löhne der Handwerker-Hausarbeiter ab 2. Januar um 8 1/2 Prozent gekürzt werden, ist vom Hausarbeiter-Hausauschuss mit Wirkung ab 15. Januar als allgemeiner verbindlich genehmigt worden.

Die Streikfront in Sachsen und im Reich

Zielbrüderstreik in Leipzig geht weiter

Leipzig, 15. Januar (Eig. Meld.)

Der Streik der Leipziger Zielbrüder bei den Firmen Braun & Ketter und den Deutschen Magnetonwerken geht weiter. Die Kampfstimme der Streikenden ist vorzüglich. In der letzten Streikerversammlung wurde eine Kampfleistung gewählt. Nur diese Kampfleistung ist zu irgendwelchen Verhandlungen mit den Betriebsleitungen berechtigt. Die Gewerkschaften, Zuchtbrüderverband und Verband der Lithographen und Steinbrüder, bezeichnen den Kampf als einen „wilden Streik.“

In der bürgerlichen Morgenpresse erscheint ein von den Unternehmernverbänden ausgegebenes Inserat, in welchem gegen die Streikenden gehetzt wird und Streikbrecher gesucht werden.

Streikpropaganda an den übrigen graphischen Betrieben

In Handzetteln, Flugblättern und gemalten Lösungen wird die Arbeiterschaft der graphischen Industrie Leipzigs aufgefordert, mit den Streikenden beider Betriebe Solidarität zu üben.

Der Streikbrüderaufruf der Unternehmer in den UZK enthält übrigens eine milde Hege gegen die KPD und die kommunistische Partei, die für die „Angelegenheit“ dieser Streiks verantwortlich gemacht wird.

Wir haben gegen diese Kennzeichnung der reformistischen Bürokratie als Agenten der Unternehmer, sowie der Kennzeichnung der Rolle der KPD als Organisator der Kämpfe der Arbeiterschaft nichts einzuwenden.

Teilerfolg bei Demig & Co., Gartha

Die Belegschaft des Textilbetriebes von Demig & Co. in Gartha bei Waldheim trat gegen den Lohnraub in passiver Resistenz, wodurch die Produktion fast gestoppt wurde. Die Firma ist im Verfall, unter diesem Druck der Belegschaft eine Zulage von 3 Pfennig zu bewilligen. Die Arbeiter mühten aber eine Erklärung unterschreiben, daß die Zulage widerwärtig sei. Der Erfolg der Textiler ist unter Führung der KPD erkämpft worden.

20 Prozent Lohnerhöhung gefordert

Chemnitz, 11. Januar (Eig. Ber.)

Vor kurzem fand eine gutbesuchte Versammlung der Belegschaft des Eisenerwerkes statt, in der ein Vertreter der

KPD sprach. Es wurde beschlossen, der Direktion ein Minimum zu stellen, worin 20 Prozent Zuschlag zu dem jetzigen Gehalt gefordert werden.

Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf streikt

Berlin, 15. Januar (Eig. Meld.)

Die Belegschaft des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf in Stärke von 600 Arbeitern trat gestern gegen den von der Direktion angeforderten Lohnabbau in den Streik. Vor Streikbruch wurde der Kampf in geheimer Abstimmung in zwei Schichtenverhandlungen einstimmig beschlossen, wenn die Direktion den Lohnabbau nicht zurücknimmt. Da die Verhandlungen mit der Direktion scheiterten, wurde der Streikbeschuß in die Tat umgesetzt.

50 Arbeiter an der Blodmaljenstraße betätigten sich ebenfalls noch als Streikbrecher. Aber die streikenden Arbeiter haben davon überzeugt, daß auch diese Kollegen sehr rasch den Fahlschritt ihres Handelns einsahen und sich in die Streikfront einreihen werden.

Streikerfolg in Hamburg

Hamburg, 14. Januar

Die Belegschaft des Textiles Schlemann, Hamburg, hat durch die Schaffung einer einheitlichen Kampffront in Betrieb den Lohnabbau abgewehrt. Angelehnt der geschickten Haltung der Belegschaft sah sich der Unternehmer gezwungen, den alten Lohn weiterzuführen. Ein großer Teil der Belegschaft ist der KPD beigetreten.

Weitere Betriebe in Streit

Mainz, 14. Januar

Die Belegschaft der Mainzer Schellack-Fabrik am 12. Januar gegen einen kategorischen Lohnabbau in den Streik. Vor dem Streik fanden Verhandlungen zwischen der Kampfabteilung und der Direktion statt, die sich bereits über den Lohnabbau auf 10 Prozent herabzulassen. Darnach ging die Belegschaft nicht ein, sondern verließ geschlossen den Betrieb.

Düsseldorf, 14. Januar (Eig. Transd.)

Die 300 Mann starke Belegschaft des Textiles Sierck in Hohenlimburg hat trotz der Verbindlichkeitsverpflichtung des Lohnabbauvertrages beschlossen, den Streik gegen den Lohnabbau weiterzuführen. Der Aufforderung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die Arbeit aufzunehmen, leistete die Belegschaft keine Folge.

Hitler steht zu Brüning-Hindenburg

Der „Freiheitskampf“ weiß nicht was Hitler tut / Rebellion bei den Dresdner Nazis

Der Freiheitskampf vom gestern veröffentlicht an der Spitze seines Blattes grobverwundlich die Erklärung von Frid, daß „der spätere Reichspräsident ein Nationalsozialist sein wird“. Frid hat diese Erklärung am Dienstag in einer Versammlung in Chemnitz abgegeben.

Eine Frage aus der Versammlung ob eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl zustandekommen werde. Die Antwort sei ein glattes Nein.

Frid führte aus: Auch bei einer etwaigen Volkswahl würden die Nationalsozialisten jedenfalls keinen Finger rühren, um den Reichskanzler Brüning nicht noch weiter zu unterstützen. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht verschwinden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

Der Freiheitskampf sagt diesen Ausführungen Frids freudestrahlend hinzu: „Damit ist das Schicksal Brünings besiegelt. Er wird sich damit abzufinden haben, daß seine Stütze wegfällt und damit seinem System der Halt verloren geht.“

Aber weder Frid noch der Freiheitskampf haben sich vorher mit ihrem „großen“ Kollid verständigt. Der Freiheitskampf bringt das auch am Schlag seines Witzes zum Ausdruck. Er schreibt nämlich, daß „die Reichsleitung (Hitler) zu dieser Erklärung noch keine offizielle Stellung genommen hat.“

Gestern veröffentlichte aber bereits der Volksfreund Beobachtet zu der Rede von Frid eine Erklärung Hitlers. In dieser Erklärung heißt es: „Ich niemand berechtigt ist, die Nationalsozialistische Partei, schon jetzt auf eine Sonderkandidatur (?) festzusetzen.“

Damit gibt Hitler zu erkennen, daß er unter allen Umständen an der von Brüning vorgeschlagenen Präsidentschaft Hindenburgs festhalten will.

Daß die Nazis nicht im Traum daran denken, einen Kandidaten gegen Hindenburg aufzustellen, bestätigt auch die Trans-

furter Zeitung, die schreibt: „Genehmigt der Reichspräsident die Wiederwahl, so werden die Nationalsozialisten nicht an den denken können, ihm einen eigenen Kandidaten entgegenstellen. Hitler wird nicht riskieren, daß die Millionen Wähler von denen keine Bewegung lebt, ihm fortlaufen.“

Inzwischen ist — wahrscheinlich auf Veranlassung Hindenburgs selbst — die Frage der Kandidatur bis zur Zeit noch als volantes Reparationskonferenz vertagt worden. Das bedeutet natürlich nicht, daß an der grundsätzlichen Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien zur „schicksalhaften Volksgemeinschaft“ nur das geringste geändert wurde. Da die Verhandlungen zwischen Wels bis Hitler hinter den Kulissen weitergehen, ist im Hinblick damit zu rechnen, daß nach der Lausanner Konferenz ein geheimes wirtliche Ausgleich eines kühnen Tages mit dem letzten Programm an die Öffentlichkeit treten wird.

Die begeisterte Aufnahme der Rede Frids durch den Freiheitskampf ist aber nur die Widerspiegelung der Rebellion der proletarisierten und allien Elemente innerhalb der Nazibewegung, die sich durch Hitler nicht länger an der Rolle herumführen lassen wollen. Wir werden über diese Rebellion in Dresden in weiteren Sachen weiteres Material veröffentlichen.

Gerade angelehnt dieser schicksalhaften Kandidatur wird die antifaschistische Rolle der Kandidatur des Genossen Thälmann besonders deutlich. Thälmann ist der Kandidat der roten proletarischen Front der Arbeiterkandidat der antifaschistischen Front. Darum ist die Kandidatur des Genossen Thälmann von der ganzen Arbeiterschaft mit begeisterten Zustimmung begrüßt. Inwiefern es auch die rebellierenden Arbeiter und proletarisierten Elemente in der Nazibewegung in die Front des leibenden Proletariats zum Kampf um Freiheit, Brot und Freiheit einzuziehen.